

Der Sozialschutz in Europa

Gérard Abramovici

Statistik

kurz gefasst

BEVÖLKERUNG UND
SOZIALE
BEDINGUNGEN

THEMA 3 – 3/2003

BEVÖLKERUNG UND
LEBENSBEDINGUNGEN

Inhalt

Schwächere Zunahme der realen Ausgaben je Einwohner im Jahr 2000.....2

Die Höhe der Sozialausgaben ist je nach Land sehr unterschiedlich.....2

Der größte Anteil an den Gesamtleistungen entfällt auf die Funktionen „Alter“ und „Hinterbliebene“.....4

Unterschiedliche Entwicklung der Sozialleistungen5

Sehr unterschiedliche Finanzierungsquellen für Sozialleistungen in den einzelnen Ländern.....6

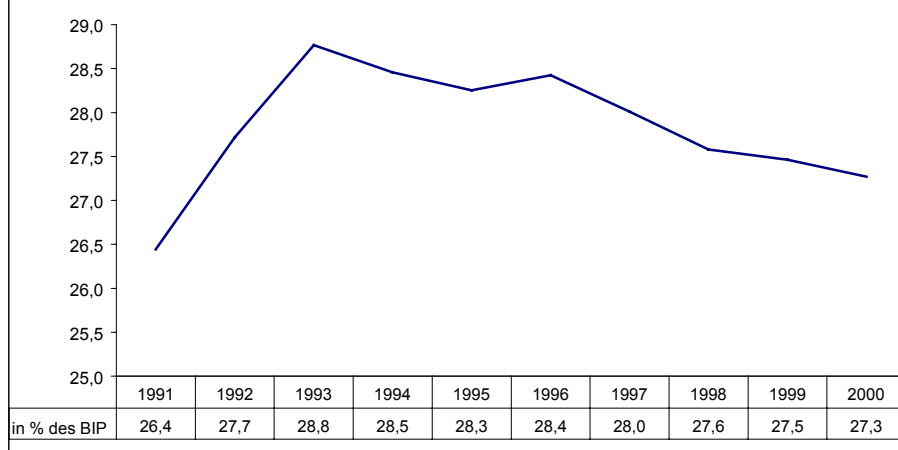
Anstieg des Anteils der staatlichen Zuweisungen zu Lasten des Anteils der Sozialbeiträge6

Die Ausgaben für den Sozialschutz gingen im Jahr 2000 in der Europäischen Union real zurück. Sie beliefen sich auf 27,3 % des BIP und lagen somit fast einen Prozentpunkt niedriger als 1996.

Den größten Anteil an den Sozialleistungen stellen weiterhin die Ausgaben für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung. Die Ausgaben für Leistungen aufgrund von Arbeitslosigkeit nehmen an Bedeutung ab.

Die Systeme zur Finanzierung des Sozialschutzes unterscheiden sich von Land zu Land erheblich: Es überwiegen entweder Sozialbeiträge oder staatliche Zuweisungen. Die Tendenz, dass der Anteil der staatlichen Zuweisungen an der Finanzierung des Sozialschutzes im Vergleich zu den Sozialbeiträgen zunimmt, setzte sich im Jahr 2000 in der Europäischen Union nicht fort.

Schaubild 1: Entwicklung der Sozialschutzausgaben in EU-15 (in % des BIP)



Quelle: Eurostat-ESSOSS.

Der Rückgang des Anteils der Sozialschutzausgaben am BIP (Schaubild 1) setzte sich im Jahr 2000 in der EU-15 fort (Anteil im Jahr 2000: 27,3 %, ein Rückgang um 1,5 Punkte im Vergleich zu 1993, dem Jahr mit dem höchsten Wert).

Die Entwicklung dieser Relation verlief im Zeitraum 1991-2000 nicht gleichmäßig.

Zwischen 1991 und 1993 war eine spürbare Zunahme zu verzeichnen: Es kam zu einem Anstieg um 2,4 Punkte, wodurch 1993 ein Spitzenwert erreicht wurde (28,8 % in EU-15). Dies ist sowohl auf das damals nachlassende Wachstum des BIP als auch auf die Zunahme der Leistungen (insbesondere für Arbeitslosigkeit) zurückzuführen.

Besonders kräftig stiegen die Ausgaben für den Sozialschutz in Finnland (von 29,8 % des BIP 1991 auf 34,6 % im Jahr 1993), da sich dieses Land während des besagten Zeitraums in einer Rezession befand (Tabelle 1).

Zwischen 1993 und 1996 pendelten sich die Ausgaben für den Sozialschutz im Verhältnis zum BIP auf einem Niveau etwas unterhalb des Niveaus von 1993 ein. Diese Entwicklung ist zum Teil auf einen Wiederanstieg des BIP zurückzuführen, aber auch auf ein schwächeres Wachstum der Ausgaben für den Sozialschutz (insbesondere durch den Rückgang der Leistungen bei Arbeitslosigkeit).

Seit 1996 nimmt der Anteil der Ausgaben für den Sozialschutz am BIP kontinuierlich ab. In EU-15 sinkt er um durchschnittlich 0,3 Prozentpunkte pro Jahr und liegt somit im Jahr 2000 niedriger als im Jahr 1992.



Tabelle 1: Sozialschutzausgaben
(in % des BIP)

	1991	1993	1996	1998	1999	2000
EU-15	26,4	28,8	28,4	27,6	27,5	27,3
EUR-12	26,2	28,3	28,2	27,4	27,4	27,1
B	27,1	29,3	28,6	27,6	27,4	26,7
DK	29,7	31,9	31,4	30,2	29,8	28,8
D	26,1	28,4	29,9	29,3	29,6	29,5
EL	21,6	22,1	22,9	24,2	25,5	26,4
E	21,2	24,0	21,9	20,6	20,2	20,1
F	28,4	30,7	31,0	30,5	30,2	29,7
IRL	19,6	20,2	17,8	15,5	14,8	14,1
I	25,2	26,4	24,8	25,0	25,3	25,2
L	22,5	23,7	24,0	21,7	21,8	21,0
NL	32,6	33,6	30,1	28,4	28,0	27,4
A	27,0	28,9	29,5	28,4	28,8	28,7
P	17,2	21,0	21,2	22,1	22,6	22,7
FIN	29,8	34,6	31,6	27,3	26,7	25,2
S	34,3	39,0	34,7	33,4	32,9	32,3
UK	25,7	29,0	28,1	26,9	26,5	26,8
IS	17,7	19,4	18,8	18,5	19,1	19,5
NO	27,3	28,4	26,2	27,5	27,9	25,4
EWR	26,4	28,8	28,4	27,6	27,5	27,2
CH	21,3	24,8	26,9	28,0	28,3	28,7
SK	:	:	20,1	20,4	20,4	20,0
SI	:	:	26,1	26,6	26,6	26,6

Quelle: Eurostat-ESSOSS.

Der Rückgang der Sozialschutzausgaben als Teil des BIP zwischen 1996 und 2000 war in Finnland mit 6,4 Punkten sowie in Irland mit 3,7 Punkten am ausgeprägtesten. Es sei angemerkt, dass in Irland die starke Zunahme des BIP in den letzten Jahren die Entwicklung dieses Anteils zum großen Teil erklärt. Auch in Dänemark, Luxemburg und den Niederlanden kam es zu einem deutlichen Rückgang.

Während es nahezu überall zu einer Verringerung dieser Ausgaben kommt, verzeichnen einige Länder in jüngerer Zeit eine Zunahme. Dabei handelt es sich zum einen um Länder, in denen der Anteil der Sozialschutzausgaben am BIP gering war; dies gilt für Griechenland und Portugal (+ 3,5 Punkte bzw. + 1,5 Punkte). Zum anderen nahm der Anteil dieser Ausgaben aber auch in der Schweiz zwischen 1996 und 2000 zu, obwohl er dort bereits hoch war.

Schwächere Zunahme der realen Ausgaben je Einwohner im Jahr 2000

Die Sozialschutzausgaben je Einwohner stiegen im Zeitraum 1995-2000 in EU-15 real um etwa 1,7 % jährlich (Tabelle 2).

In der Eurozone (EUR-12) nahmen sie im gleichen Zeitraum ähnlich zu, allerdings verlief der Anstieg in den einzelnen Jahren nicht immer synchron mit EU-15.

Die Zunahme war in Griechenland und Portugal (7,4 % bzw. 4,9 % jährlich) besonders auffällig.

Einen starken Anstieg verzeichneten auch die nicht zur EU gehörenden Länder Island und Norwegen (rund 5 % pro Jahr).

Dänemark und die Niederlande sind die einzigen Länder, in denen die Ausgaben je Einwohner in diesem Zeitraum real um weniger als 1 % stiegen.

Tabelle 2: Sozialschutzausgaben pro Kopf der Bevölkerung
in konstanten Preisen * (Index 1995=100)

	1996	1997	1998	1999	2000
EU-15	101,7	102,6	104,4	106,9	108,7
EUR-12	102,4	103,3	105,1	107,6	108,8
B	102,3	102,8	104,6	106,8	106,7
DK	99,9	99,3	100,4	101,7	101,8
D	104,1	102,9	104,9	107,6	107,9
EL	104,5	111,4	120,3	131,6	142,6
E	101,5	102,5	104,3	106,8	109,7
F	101,2	102,1	104,4	106,4	107,0
IRL	101,0	106,5	110,2	116,6	121,4
I	102,4	107,5	107,9	110,6	112,9
L	104,2	107,1	109,2	115,7	117,9
NL	99,6	100,7	101,0	102,1	104,6
A	101,2	101,7	104,0	108,9	110,8
P	99,1	105,5	115,0	122,6	127,1
FIN	101,7	100,6	100,0	100,3	99,9
S	99,3	98,6	100,7	103,9	105,2
UK	102,6	104,6	106,3	107,9	113,8
IS	103,1	107,4	115,7	124,0	129,3
NO	105,2	107,4	114,6	121,2	126,5
EWR	102,3	103,3	105,2	107,7	109,6
CH	103,5	108,5	111,3	112,3	113,4
SK	110,6	117,3	121,9	118,9	113,1
SI	:	:	:	:	:

* Vgl. Berechnungsmethode auf Seite 7

Quelle: Eurostat-ESSOSS.

In Finnland schließlich blieben die Ausgaben je Einwohner stabil.

Die durchschnittliche Zunahme der Ausgaben beschleunigt sich überdies ab 1998 in der Mehrzahl der Länder.

So stieg in Griechenland die Zuwachsrates real im Vergleich zum vorangegangenen Zeitraum stark an (von 6,4 % jährlich zwischen 1995 und 1998 auf 8 % jährlich zwischen 1998 und 2000). Dies ist in erster Linie auf einen Anstieg der Leistungen bei Krankheit, Invalidität und Arbeitslosigkeit zurückzuführen.

Auch in Österreich, im Vereinigten Königreich und in Schweden hat sich der reale Zuwachs deutlich beschleunigt.

Im Jahr 2000 lässt sich hingegen bei der Entwicklung der Pro-Kopf-Ausgaben eine leichte Verlangsamung feststellen, insbesondere in Finnland, Belgien, Dänemark und Deutschland.

Die Höhe der Sozialschutzausgaben ist je nach Land sehr unterschiedlich

Hinter den durchschnittlichen Sozialschutzausgaben in EU-15 in Prozent des BIP (27,3 % im Jahr 2000) verbergen sich große Abweichungen zwischen einzelnen Mitgliedstaaten.

Schweden (32,3 %), Frankreich (29,7 %) und Deutschland (29,5 %) verzeichnen den höchsten Anteil, Irland den geringsten (14,1 %).

Außerhalb von EU-15 weisen Island (19,5 %) und die Schweiz (28,7 %) Extremwerte auf.

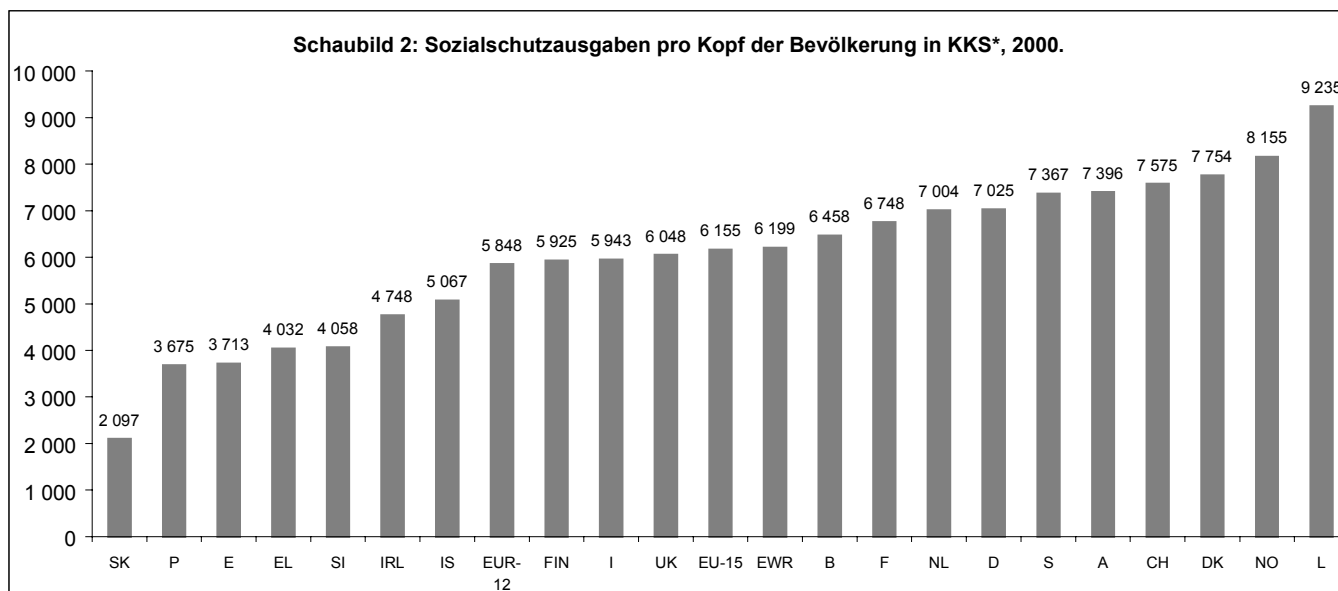
Ausgedrückt in KKS (Kaufkraftstandards) je Einwohner sind die Unterschiede noch ausgeprägter; außerdem ist die Rangfolge der Länder etwas anders (Schaubild 2).

Innerhalb von EU-15 gibt Luxemburg am meisten aus (9235 KKS je Einwohner), gefolgt von Dänemark (7754 KKS je Einwohner); Norwegen (außerhalb EU-15) liegt zwischen diesen beiden Ländern. Spanien und Portugal zeichnen sich demgegenüber durch eine geringe Rate der sozialen Umverteilung aus (weniger als 4000 KKS je Einwohner).

Das Verhältnis zwischen dem Land mit den höchsten und dem mit den niedrigsten Ausgaben innerhalb von

EU-15 liegt somit für das Jahr 2000 bei 2,5 zu 1 (gegenüber 3,2 zu 1 im Jahr 1991) (1).

Die Disparitäten zwischen den Ländern sind zum Teil auf den unterschiedlichen Wohlstand zurückzuführen; sie spiegeln auch Unterschiede in den Sozialschutzsystemen, der demografischen Entwicklung, der Arbeitslosenquote und anderen sozialen, institutionellen und wirtschaftlichen Faktoren wider.



* Kaufkraftstandards (KKS): Eine von Landeswährungen unabhängige Einheit, die Verzerrungen aufgrund von Unterschieden im Preisniveau ausschaltet. Die KKS-Werte werden anhand von Kaufkraftparitäten (KKP) ermittelt, die als gewogener Durchschnitt der Preisrelationen eines homogenen Korbes von Waren und Dienstleistungen berechnet werden, der für alle Mitgliedstaaten vergleichbar und repräsentativ ist.

Source: ESSOSS.

Erste Schätzungen für das Jahr 2001

Neun Länder*, auf die im Jahr 2000 73 % der Sozialschutzausgaben in EU-15 entfielen (bzw. 95 % in EUR-12) haben Schätzungen für das Jahr 2001 geliefert.

In diesen Ländern sind die Ausgaben für den Sozialschutz 2001 etwas schneller angestiegen als das BIP (Tabelle 3) und liegen bei 27,3 % des BIP (gegenüber 27,2 % im Jahr 2000). Den stärksten Anstieg verzeichneten Griechenland, Irland und, in etwas geringerem Umfang, Spanien.

Die Ausgaben je Einwohner in konstanten Preisen sind 2001 um 1,3 % gestiegen (gegenüber +1% im Jahr 2000). Der Beitrag der einzelnen Funktionen zu diesem Anstieg ist unterschiedlich: Die Ausgaben für Krankheit haben mit +2,9 % am stärksten zugenommen; damit setzte sich der Trend des Jahres 2000 fort. Die Ausgaben für die Funktionen „Alter“ und „Hinterbliebene“ zeigen ein mäßiges Wachstum, entsprechend dem der Gesamtausgaben pro Einwohner (+ 1,3 %).

Das liegt teilweise daran, dass nun die weniger geburtenstarken Jahrgänge der während des Zweiten Weltkriegs Geborenen ins Rentenalter kommen. Die familienbezogenen Ausgaben bleiben stabil (+ 0,1 %), bedingt durch die sinkende Bevölkerungszahl der unter 20-Jährigen in Europa. Durch die Belebung der Wirtschaft im Jahr 2000 und zu Beginn des Jahres 2001 gehen die Ausgaben für die Arbeitslosigkeit erneut zurück (- 1,6 %, nach - 5,2 % im Jahr 2000).

Tabelle 3: Ausgaben des Sozialschutzes für neun Länder in den Jahren 2001 und 2000

	in % des BIP	Jährliche, reale Steigerungsrate pro Einwohner				
		Sozialschutz ausgaben	Alter + Hinterbliebene	Krankheit/ Gesundheitsversorgung	Familie/ Kinder	Arbeitslosigkeit
2001	27,3	1,3%	1,3%	2,9%	0,1%	-1,6%
2000	27,2	1,0%	1,0%	3,0%	1,1%	-5,2%

Quelle: Eurostat-ESSOSS.

* Belgien, Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Niederlande, Finnland

(1) Wenn man alle Länder berücksichtigt (EU-15 und außerhalb EU-15), ist das Verhältnis zwischen dem Land mit den höchsten (Luxemburg: 9.235 KKS pro Einwohner) und dem mit den niedrigsten Ausgaben (Slowakei: 2.097 KKS pro Einwohner) 4,4 zu 1.

Der größte Anteil an den Gesamtleistungen entfällt auf die Funktionen „Alter“ und „Hinterbliebene“

Im Jahr 2000 bilden die Leistungen im Zusammenhang mit Alter und Hinterbliebenen in den meisten Mitgliedstaaten den höchsten Ausgabenposten des Sozialschutzes: 46,4 % der Gesamtleistungen in EU-15 insgesamt oder 12,1 % des BIP.

Das gilt ganz besonders für Italien ⁽²⁾, wo über 60 % der Gesamtleistungen auf diese Funktionen entfallen (Tabelle 4). Dies ist unter anderem auf den hohen Anteil der über 60-jährigen an der Bevölkerung zurückzuführen (23,9 % gegenüber einem Durchschnittswert von 21,7 % in EU-15).

Auch in Griechenland, Österreich und dem Vereinigten Königreich fallen diese Leistungen stärker ins Gewicht als im europäischen Durchschnitt (mit fast 50 % der Gesamtleistungen).

In Irland ⁽³⁾ liegt der Anteil der Leistungen im Zusammenhang mit den Funktionen Alter und Hinterbliebene dagegen unter 30 %. Das lässt sich zum Teil dadurch erklären, dass Irland von allen europäischen Ländern die „jüngste“ Bevölkerung hat: 30,8 % der Iren waren 2000 unter 20 Jahre alt (gegenüber einem Durchschnitt von 23 % in EU-15) und lediglich 12,6 % der Bevölkerung waren älter als 60 Jahre.

Auf die Funktion Krankheit/Gesundheitsversorgung entfallen über 27 % der Gesamtleistungen. Ihr Umfang übertrifft in Irland sowie (außerhalb EU-15) in Island und Norwegen den der Funktionen Alter und Hinterbliebene. In Dänemark hingegen entfallen nur 20 % der Gesamtleistungen auf diesen Bereich.

Auf Leistungen im Zusammenhang mit der Funktion Invalidität/Gebrechen entfallen in Finnland und Luxemburg ⁽⁴⁾ fast 14 % der Gesamtleistungen, während der Durchschnitt in EU-15 bei 8,1 % liegt. Ebenfalls sehr hoch liegt der Anteil dieser Art von Ausgaben in Dänemark und Schweden, wo über 30 % der Leistungen für Invalidität aus Sachleistungen bestehen, die von universellen Systemen erbracht werden. Außerhalb von EU-15 ist Norwegen das Land mit den höchsten Ausgaben für die Funktion Invalidität (16,4 % der Sozialleistungen insgesamt).

Im Gegensatz dazu liegt dieser Anteil in Frankreich, Irland und Griechenland bei weniger als 6 %.

Auf die Funktion „Familie/Kinder“ entfallen in EU-15 8,2 % der Gesamtleistungen.

Die Ausgaben in Luxemburg, Dänemark und Irland belaufen sich auf mindestens 13 % der Gesamtleistungen. Dasselbe gilt für Norwegen. In Spanien, Italien und den Niederlanden erreichen die Leistungen im Rahmen dieser Funktion dagegen nicht einmal 5 % der Sozialleistungen insgesamt.

Zu großen Abweichungen unter den Mitgliedstaaten kommt es bei der Höhe der Leistungen bei

Tabelle 4: Sozialleistungen nach Funktionsgruppen
2000 (in % der Gesamtleistungen)

	Alter + Hinterblie- bene	Krankheit/ Gesund- heitsver- sorgung	Invalidität	Familie/ Kinder	Arbeits- losigkeit	Wohnung + Soziale Ausgren- zung n.a.z.
EU-15	46,4	27,3	8,1	8,2	6,3	3,7
EUR-12	46,6	27,9	7,5	8,2	7,0	2,8
B	43,8	25,1	8,7	9,1	11,9	1,4
DK	38,1	20,2	12,0	13,1	10,5	6,1
D	42,2	28,3	7,8	10,6	8,4	2,6
EL	49,4	26,6	5,1	7,4	6,2	5,4
E	46,3	29,6	7,6	2,7	12,2	1,6
F	44,1	29,1	5,8	9,6	6,9	4,5
IRL	25,4	41,2	5,3	13,0	9,7	5,5
I	63,4	25,0	6,0	3,8	1,7	0,2
L	40,0	25,2	13,7	16,6	3,3	1,2
NL	42,4	29,3	11,8	4,6	5,1	6,8
A	48,3	26,0	8,2	10,6	4,7	2,1
P	45,6	30,6	13,0	5,5	3,8	1,5
FIN	35,8	23,8	13,9	12,5	10,4	3,5
S	39,1	27,1	12,0	10,8	6,5	4,5
UK	47,7	25,9	9,5	7,1	3,2	6,8
IS	31,1	39,2	13,9	11,7	1,3	2,8
NO	30,7	34,2	16,4	12,8	2,7	3,3
EWR	46,1	27,5	8,2	8,3	6,3	3,7
CH	51,6	24,4	12,5	5,1	2,8	3,6
SK	38,4	32,9	8,0	9,3	4,6	6,8
SI	45,2	30,7	9,0	9,2	4,3	1,6

Quelle: Eurostat-ESSOSS.

Arbeitslosigkeit: gegenüber einem Durchschnittswert von 6,3 % der Gesamtleistungen in EU-15 liegt dieser Anteil in Ländern wie Spanien und Belgien bei etwa 12 %. Italien, Island und Norwegen geben hingegen weniger als 3 % dafür aus. Auch in Portugal, Luxemburg und dem Vereinigten Königreich liegt der Anteil dieser Ausgaben an den Gesamtausgaben relativ niedrig (unter 4 %).

Es sei darauf hingewiesen, dass die Höhe der Leistungen Arbeitslosigkeit nicht immer mit der Höhe der Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Ländern korreliert. Es gibt nämlich große Unterschiede beim Versicherungsschutz und der Dauer und Höhe der Leistungen bei Arbeitslosigkeit.

Die Struktur der Sozialleistungen bleibt auf längere Zeit recht stabil. Dennoch lassen sich für EU-15 insgesamt einige Entwicklungen zwischen 1995 und 2000 ausmachen. Der Anteil der Funktionen „Alter-/Hinterbliebene“ und „Familie“ stieg im genannten Zeitraum um jeweils etwa 5 %. Die Ausgaben für Krankheit und Invalidität blieben im selben Zeitraum stabil. Die Leistungen bei Arbeitslosigkeit schließlich gingen um 25 % zurück, und zwar von 8,4 % auf 6,3 % der gesamten Leistungen.

⁽²⁾ In Italien fallen unter diese Funktionen auch Abgangsentschädigungen (TFR „trattamento di fine rapporto“), die teilweise zur Funktion Arbeitslosigkeit gehören. Diese Leistungen machen rund 6 % der gesamten Sozialleistungen aus.

⁽³⁾ Irland: Die Daten für Systeme zur betrieblichen Altersversorgung für Arbeitnehmer des privaten Sektors, die nach dem Kapitaldeckungsverfahren arbeiten, liegen nicht vor.

⁽⁴⁾ In Luxemburg wurde 1999 ein neuer Versicherungszweig, die Pflegeversicherung, eingeführt. Ihre Leistungen machen rund 3 % der Sozialleistungen insgesamt aus. Ein Großteil der Leistungen wird wahrscheinlich, dem ESSOSS-Handbuch 1996 zufolge, unter der Funktion Alter erfasst.

Unterschiedliche Entwicklung der Sozialleistungen

Die Sozialleistungen haben sich in den letzten Jahren je nach Bereich unterschiedlich schnell entwickelt (Tabelle 5). Die festgestellten Veränderungen sind sowohl auf die Entwicklung der Bedürfnisse als auch auf Änderungen der Gesetzgebung zum Sozialschutz zurückzuführen.

Tabelle 5: Sozialleistungen pro Kopf der Bevölkerung in konstanten Preisen in EU-15* (Index 1995=100)

	1996	1997	1998	1999	2000
Alter + Hinterbliebene	102,3	104,9	106,8	109,7	112,1
Krankheit/ Gesundheitsver-	100,0	99,3	102,4	105,8	109,5
Invalidität	102,9	104,7	106,4	107,6	108,7
Familie/Kinder	109,0	112,1	113,5	116,3	117,2
Arbeitslosigkeit	98,8	93,7	90,8	90,2	85,5
Wohnung + Soziale Ausgrenzung n.a.z.	102,3	104,9	106,5	109,6	113,1
Leistungen insgesamt	101,9	102,8	104,6	107,1	108,9

* Vgl. Berechnungsmethode auf Seite 7

Quelle: Eurostat-ESSOSS.

Die Ausgaben je Einwohner für die Funktionen Alter und Hinterbliebene haben zwischen 1995 und 2000 in EU-15 real um 12 % zugenommen (d.h. um 2,3 % pro Jahr).

Am größten war der Zuwachs in Portugal und Griechenland (real über 6 % jährlich); in Griechenland war er besonders deutlich zwischen 1997 und 1998, als neue Sozialleistungen eingeführt wurden.

Auch das Vereinigte Königreich verzeichnete mit 4,8 % eine starke Zunahme. Dies war auch, außerhalb von EU-15, in Island und Norwegen der Fall (6,2 % bzw. 4,5 % jährlich).

Dennoch lässt sich in EU-15 ein langsames Wachstum dieser Ausgaben im Jahr 2000 feststellen (1,4 % im Jahr 2000 gegenüber durchschnittlich 2,3 % jährlich im Gesamtzeitraum). Die Zuwachsrate nahm besonders in Griechenland, Schweden, Italien und Frankreich deutlich ab.

Im Vereinigten Königreich (+8,7 %) und in Portugal (+7,1 %) stiegen diese Ausgaben dagegen auch im Jahr 2000 schneller als in den anderen Ländern.

Angesichts einer alternden Bevölkerung (der Prozentsatz der Altersgruppe ab 60 Jahre erhöhte sich von 19,8 % im Jahr 1995 auf 21,7 % im Jahr 2000) sind mehrere Länder dabei, eine Reform der Rentensysteme einzuführen, deren Auswirkungen nach und nach zu spüren sein dürften.

Mit einer durchschnittlichen Zunahme der Gesamtleistungen je Einwohner um real 9,5 % zwischen 1995 und 2000 ergibt sich für die Funktion Krankheit/Gesundheitsversorgung eine niedrigere Wachstumsrate.

Allerdings steigen seit 1998 in allen Ländern die Ausgaben für das Gesundheitswesen rascher als die Sozialleistungen insgesamt, außer in Österreich (real

3,1 % gegenüber real 3,3 % im Zeitraum von 1998 bis 2000) und Portugal (4,3 % pro Jahr gegenüber 6,1 %). Am kräftigsten war die Zunahme zwischen 1998 und 2000 in Griechenland (14 % jährlich im Durchschnitt) sowie in Schweden und Irland (rund 9 % jährlich im Durchschnitt).

Außerhalb von EU-15 war der Anstieg in Island und Norwegen ebenfalls sehr stark (+ 7,4 % bzw. + 7,7 % im Jahresdurchschnitt).

Dies liegt unter anderem an dem Bestreben einiger Mitgliedstaaten, eine umfassende Gesundheitsversorgung aufzubauen. So werden etwa in Schweden⁽⁵⁾ seit 1998 die medizinischen Kosten für Kinder auf kommunaler Ebene übernommen. Die Entwicklung dieser Ausgaben erklärt sich zum Teil durch die Alterung der Bevölkerung.

Die Ausgaben im Zusammenhang mit der Invalidität sind im Zeitraum 1995-2000 stetig gestiegen, und zwar in allen Ländern außer Italien, den Niederlanden und Finnland, wo die Ausgaben pro Einwohner real gesunken sind. Die beiden letztgenannten Länder, in denen der Anteil der Ausgaben für Invalidität an den gesamten Sozialleistungen 1995 mit am höchsten lag (über 12 %), haben die Bewilligungskriterien verschärft, um die Zahl der Empfänger von Invaliditätsrenten zu verringern.

In Belgien und Schweden haben diese Kosten weniger schnell zugenommen als im Durchschnitt, mit einer Steigerung von unter 1 % pro Jahr.

In Griechenland (+ 8,8 % jährlich) und Portugal (+ 6,5 % jährlich) haben diese Kosten hingegen real wesentlich mehr zugelegt als in den anderen Ländern. Dasselbe gilt für Island (über + 9 % jährlich).

Die Ausgaben für die Funktion Familie/Kinder sind schneller gestiegen als die für die anderen Funktionen. Das Wachstum (real + 17,2 % zwischen 1995 und 2000) war 1996 besonders stark; in diesem Jahr führte insbesondere Deutschland Reformen durch und weitete die Sozialleistungen für Familien aus.

Abgesehen von Deutschland verzeichnen auch Spanien und Luxemburg in diesem Zeitraum ein weit über dem Durchschnitt liegendes Kostenwachstum (real über 8 % jährlich gegenüber einem EU-15-Durchschnitt von 3,2 % jährlich). Dies ist zum großen Teil auf eine Erhöhung der Familienbeihilfen in diesen Ländern zurückzuführen.

In Irland und Portugal kam es durch die jüngsten Reformen von Mutterschafts- und Elternurlaub ebenfalls zu einem überdurchschnittlichen Kostenanstieg.

Nur in Finnland, Schweden und dem Vereinigten Königreich kam es zu einem realen Rückgang der familienspezifischen Ausgaben je Einwohner. In diesen Ländern war der Anteil der Ausgaben für diese Funktion 1995 mit am höchsten von allen.

Die Ausgaben für die Funktion Arbeitslosigkeit sind zwischen 1995 und 2000 in EU-15 real um 14,5 % gesunken. Dieser Rückgang ist zum einen auf eine allmähliche Verbesserung der Konjunktur und zum anderen auf Reformen des Systems der Arbeitslosenunterstützung in einigen Ländern zurückzuführen. So wurde zum Beispiel die Auszahlungsdauer der Leistungen begrenzt und die

⁽⁵⁾ Außerdem hat Schweden 1998 auch den Satz für Barleistungen bei Krankheit angehoben

Zugangsberechtigung für die Leistungen eingeschränkt. Besonders deutlich gingen diese Ausgaben in den Niederlanden zurück (um real etwa 11,8 % jährlich), wo die Arbeitslosigkeit stärker abgenommen hat als andernorts. Auch in Italien, Schweden und dem Vereinigten Königreich war zwischen 1995 und 2000 eine merkliche Abnahme dieser Leistungen zu verzeichnen. Außerhalb von EU-15 gilt dies für Island, Norwegen und die Schweiz. In Griechenland stiegen die Ausgaben für die Arbeitslosigkeit in derselben Zeitspanne kräftig an, in Luxemburg leicht. Diese beiden Länder weichen also vom allgemeinen Trend zum Kostenrückgang ab.

Sehr unterschiedliche Finanzierungsquellen für Sozialschutzleistungen in den einzelnen Ländern

Die wichtigsten Finanzierungsquellen für den Sozialschutz in EU-15 sind im Jahr 2000 die Sozialbeiträge mit 60,7 % der Gesamteinnahmen und die aus Steuereinnahmen finanzierten staatlichen Zuweisungen (35,8 %). Die Sozialbeiträge gehen zum Teil zu Lasten der geschützten Personen (Arbeitnehmer, Selbständige, Rentner und andere), zum Teil zu Lasten der Arbeitgeber (*Schaubild 7*).

Hinter dem europäischen Durchschnittswert verbergen sich bedeutende Unterschiede zwischen den Ländern hinsichtlich der Finanzierungsstruktur des Sozialschutzes. Der Finanzierungsanteil der Sozialbeiträge ist in Belgien, Spanien, Frankreich, den Niederlanden und Deutschland mit über 65 % der Gesamteinnahmen besonders hoch. Dasselbe gilt für die Slowakei und Slowenien.

Dagegen finanzieren Dänemark und Irland (sowie Norwegen) ihr Sozialschutzsystem im Wesentlichen aus Steuern, deren relativer Anteil an den Gesamteinnahmen bei über 58 % liegt.

Auch im Vereinigten Königreich, in Luxemburg und Schweden (sowie Island) basieren die Einnahmen größtenteils auf staatlichen Zuweisungen.

Diese Unterschiede sind das Ergebnis der historischen Entwicklung und der institutionellen Logik der Sozialschutzsysteme. Sie werden allmählich geringer durch die zunehmende Finanzierung aus Steuern in den Ländern, in denen diese Art der Finanzierung bisher nur eine geringe Rolle spielte.

Generell ist nämlich der Anteil der staatlichen Zuweisungen an den Gesamteinnahmen zwischen 1991 und 2000 in EU-15 um 4,9 Punkte gestiegen.

Der Anteil der staatlichen Zuweisungen an den Gesamteinnahmen hat in Frankreich und Italien schneller zugenommen als im europäischen Durchschnitt; in Dänemark und den Niederlanden ist er hingegen durch den Anstieg der Sozialbeiträge stark zurückgegangen. Auch in Island kam es aus denselben Gründen zu einem erheblichen Rückgang der staatlichen Zuweisungen.

Der Arbeitgeberanteil der Sozialbeiträge ist in EU-15 zwischen 1991 und 2000 um 3,1 Punkte gesunken. Dieser Rückgang war in allen Ländern mit Ausnahme der Niederlande, Belgiens und Dänemarks - in diesem

Land ist der Arbeitgeberanteil jedoch nach wie vor am geringsten — zu beobachten. Der Rückgang der Arbeitgeberbeiträge war in Italien, Portugal und Deutschland besonders markant.

Auch der Anteil der Sozialbeiträge der geschützten Personen sank in EU-15 zwischen 1991 und 2000, und zwar von 23,6 % auf 22,4 %.

Auch wenn in diesem Bereich ein allgemeiner Rückgang zu verzeichnen ist, hat in Dänemark der Anteil dieser Sozialbeiträge um über 10 Punkte zugenommen. Dort wurde nämlich 1994 zur Finanzierung der Bereiche Krankenversicherung, Arbeitslosigkeit und Berufsausbildung eine neue Abgabe unter der Bezeichnung „Arbeitsmarktbeitrag“ eingeführt.

Anstieg des Anteils der staatlichen Zuweisungen zu Lasten des Anteils der Sozialbeiträge

Zwischen 1995 und 2000 sind die Gesamteinnahmen pro Einwohner in EU-15 real um 11,3 % gestiegen; dabei ist der Anteil der staatlichen Zuweisungen schneller gestiegen (+ 20,6 %) als die Anteile der anderen Finanzierungsquellen (Sozialbeiträge + 7,3 % und andere Einnahmen + 1,4 %) (*Tabelle 6*).

Der Anteil der staatlichen Zuweisungen erhöhte sich besonders stark 1997 und 1998, und dies wiederum vor allem in Frankreich und Italien. In Frankreich ist der Sprung besonders groß wegen der Ausweitung der als Steuereinnahme eingestuften „allgemeinen Sozialabgabe“ („contribution sociale généralisée“ — CSG) in den Jahren 1997 und 1998.

Diese Steuer ersetzte größtenteils die Krankenversicherungsbeiträge der geschützten Personen. In Italien wurden 1998 die Beiträge zum Gesundheitswesen abgeschafft und durch eine neue Einnahmequelle in Form einer Steuer (IRAP — Imposta Regionale sulle Attività Produttive, regionale Produktionssteuer) ersetzt, die nur von Erwerbstätigen (an die Kommunen) abgeführt werden muss.

Die Sozialbeiträge der Arbeitgeber sind schneller gestiegen als die Beiträge der geschützten Personen (2 % gegenüber 0,5 % jährlich in EU-15 im Zeitraum 1995-2000), was zum Teil auf rechtliche Änderungen (Frankreich und Italien) zurückgeht.

Tabelle 6: Einnahmen des Sozialschutzes pro Kopf der Bevölkerung in konstanten Preisen in EU-15 *
(index 1995=100)

	1996	1997	1998	1999	2000
Staatliche Zuweisungen	101,9	103,4	112,9	118,4	120,6
Sozialbeiträge	102,0	103,5	102,2	104,8	107,3
- Arbeitgeber	101,1	102,4	104,1	106,8	110,2
- Geschützte Personen ⁽¹⁾	103,4	105,3	99,3	101,5	102,6
Sonstige Einnahmen	102,0	100,5	99,7	102,4	101,4
Gesamteinnahmen	102,0	103,4	105,6	109,0	111,3

* Vgl. Berechnungsmethode auf Seite 7

⁽¹⁾ Arbeitnehmer, Selbständige, Rentner und andere Personen.

Quelle: Eurostat-ESSOSS.

Allerdings ist in den vergangenen zwei Jahren ein Anstieg der Sozialbeiträge zu verzeichnen, der vor allem zu Lasten der geschützten Personen geht. Dies liegt auch am Beschäftigungszuwachs von bis zu 1,7 % pro Jahr.

Tabelle 7: Einnahmen des Sozialschutzes (in % des Gesamtbetrags)

	Staatliche Zuweisungen		Sozialbeiträge						Sonstige Einnahmen	
			Insgesamt		Arbeitgeber		Geschützte Personen ⁽¹⁾			
	1991	2000	1991	2000	1991	2000	1991	2000	1991	2000
EU-15	30,9	35,8	65,0	60,7	41,4	38,3	23,6	22,4	4,1	3,5
EUR-12	25,8	31,8	69,9	64,3	45,0	41,0	24,9	23,3	4,2	3,9
B	21,4	25,3	69,4	72,3	43,7	49,5	25,7	22,8	9,2	2,5
DK	81,7	63,9	11,7	29,4	7,2	9,1	4,5	20,3	6,6	6,7
D	26,9	32,5	70,5	65,2	42,2	36,9	28,3	28,2	2,6	2,4
EL	32,8	29,1	58,4	60,8	38,1	38,2	20,3	22,6	8,8	10,1
E	27,3	26,9	69,9	69,1	53,2	52,7	16,7	16,4	2,7	4,0
F	17,6	30,6	78,8	66,5	50,4	45,9	28,3	20,6	3,6	2,9
IRL	60,0	58,3	38,9	40,2	24,0	25,0	15,0	15,1	1,0	1,5
I	29,1	39,8	68,7	58,1	52,6	43,2	16,1	14,9	2,2	2,1
L	40,6	47,1	51,9	48,4	29,8	24,6	22,1	23,8	7,5	4,5
NL	23,9	14,2	60,4	67,9	20,1	29,1	40,3	38,8	15,7	17,9
A	35,7	35,3	63,2	63,8	38,1	37,1	25,1	26,8	1,2	0,8
P	26,1	38,7	60,9	53,5	41,8	35,9	19,1	17,6	13,0	7,8
FIN	44,1	43,1	48,1	49,8	40,9	37,7	7,2	12,1	7,8	7,1
S	:	46,7	:	49,1	:	39,7	:	9,4	:	4,3
UK	44,6	47,1	53,7	51,6	27,9	30,2	25,8	21,4	1,7	1,3
IS	60,7	51,4	39,3	48,6	31,5	39,5	7,8	9,1	0,0	0,0
NO	56,8	60,5	42,4	38,4	27,4	24,4	15,0	14,0	0,8	1,1
EWR	31,3	36,2	64,6	60,3	41,2	38,1	23,4	22,2	4,1	3,5
CH	19,8	21,1	62,2	60,0	31,6	28,6	30,5	31,4	18,1	18,9
SK	:	27,0	:	67,1	:	48,5	:	18,6	:	5,9
SI	:	31,5	:	66,3	:	27,0	:	39,3	:	2,2

(¹) Arbeitnehmer, Selbständige, Rentner und andere Personen.

Quelle: Eurostat-ESSOSS.

Wissenswertes zur Methodik

Die Ausgaben und Einnahmen des Sozialschutzes wurden nach der Methodik des Europäischen Systems der Integrierten Sozialschutzstatistik „ESSOSS-Handbuch 1996“ berechnet. Zu den Ausgaben zählen die eigentlichen Sozialleistungen, Verwaltungskosten und sonstige Ausgaben im Rahmen der Sozialschutzsysteme. Im „ESSOSS-Handbuch 1996“ werden acht Funktionen des Sozialschutzes unterschieden: Krankheit/Gesundheitsversorgung, Invalidität, Alter, Hinterbliebene, Familie/Kinder, Arbeitslosigkeit, Wohnen sowie soziale Ausgrenzung, die keiner anderen Kategorie zugeordnet werden kann.

Die Sozialleistungen werden ohne Abzug von Steuern oder anderen von den Empfängern zu leistenden Zwangsabgaben auf die Leistungen erfasst. „Steuerliche Leistungen“ (Steuervergünstigungen für Haushalte im Rahmen des Sozialschutzes) sind in der Regel ausgeschlossen.

Berechnung der Indizes in den Tabellen 2, 5 und 6

Aufgrund der starken jährlichen Schwankungen der Wechselkurse zwischen dem ECU/Euro und den nationalen Währungen wurde in den Tabellen statt eines Index auf Basis des ECU/Euro ein anderer Index verwendet.

- 1) Auf der Ebene der einzelnen Länder und von EUR-12 beziehen sich die Indizes auf die nationale Währung (für EUR-12 der EURO).
- 2) Die Indizes auf der Ebene EU-15 und EWR erhält man, indem man den Index in der nationalen Währung eines Landes mit dem Faktor gewichtet, der den Ausgaben der Länder in ECU/Euro in der jeweiligen Einheit (EU-15 und EWR) 1995 entspricht.

Abkürzungen

Die Euro-Zone (EUR-12) umfasst Österreich (A), Belgien (B), Deutschland (D), Spanien (E), Griechenland (EL), Frankreich (F), Finnland (FIN), Italien (I), Irland (IRL), Luxemburg (L), die Niederlande (NL) und Portugal (P). Zur Europäischen Union (EU-15) gehören die Länder der Euro-Zone sowie Dänemark (DK), Schweden (S) und das Vereinigte Königreich (UK). Der Europäische Wirtschaftsraum (EWR) umfasst die Länder der Europäischen Union sowie Island (IS), Norwegen (NO) und Liechtenstein. Für Liechtenstein liegen keine Angaben vor. CH = Schweiz, SK = Slowakei, SI = Slowenien.

Anmerkungen zu den Daten

Für den Zeitraum 1990-1992 liegen für Schweden keine Angaben über Leistungen und Einnahmen vor. Für diesen Zeitraum wurden daher die entsprechenden Werte für EU-15 und für den EWR von Eurostat geschätzt.

Irland und Portugal erfassen die Invaliditätsrenten von Empfängern, die das Ruhestandsalter erreicht haben, als Leistungen der Funktion „Invalidität“ (anstelle der Funktion „Alter“). Die Zahlen für Spanien (für den Zeitraum 1991-1994), die Niederlande (Zeitraum 1991-1993), Schweden (1991 und 1992) und die Schweiz sind noch nach der alten Methodik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ESVG79 berechnet; die Zahlen der anderen Länder werden nach dem ESVG95 berechnet.

Bei den Daten für 2000 handelt es sich bei folgenden Ländern um vorläufige Daten: B, D, EL, E, F, I, NL, P, FIN, S, UK und SK.

Eurostat-Veröffentlichungen zum Thema

Methodik: „ESSOSS-Handbuch 1996“, 1996.

Daten: Europäische Sozialstatistik: Sozialschutz 1991-2000.

Weitere Informationsquellen:

➤ Veröffentlichungen

Titel Europäische Sozialstatistik - Sozialschutz 1991-2000
 Katalognummer KS-DC-03-001-DE-C Preis EUR 45

➤ Datenbanken

NewCronos, Bereich SESPROS

Wenn Sie weitere Auskünfte wünschen oder an unseren Veröffentlichungen, Datenbanken oder Auszügen daraus interessiert sind, wenden Sie sich bitte an einen unserer **Data Shops**:

BELGIQUE/BELGIË	DANMARK	DEUTSCHLAND	ESPAÑA	FRANCE	ITALIA – Roma
Eurostat Data Shop Bruxelles/Brüssel Planistat Belgique Rue du Commerce 124 Handelsstraat 124 B-1000 BRUXELLES / BRUSSEL Tel. (32-2) 234 67 50 Fax (32-2) 234 67 51 E-mail: datashop@planistat.be URL: http://www.datashop.org/	DANMARKS STATISTIK Bibliotek og Information Eurostat Data Shop Sejrogade 11 DK-2100 KØBENHAVN Ø Tlf. (45) 39 17 30 30 Fax (45) 39 17 30 03 E-mail: bib@dst.dk URL: http://www.dst.dk/bibliotek	STATISTISCHES BUNDESAMT Eurostat Data Shop Berlin Otto-Braun-Straße 70-72 (Eingang: Karl-Marx-Allee) D-10178 BERLIN Tel. (49) 1888 644 94 27/28 Fax (49) 1888-644 94 30 E-Mail: datashop@destatis.de URL: http://www.eu-datashop.de/	INE Eurostat Data Shop Paseo de la Castellana, 183 Despacho 011B Entrada por Estébanez Calderón E-28046 MADRID Tel. (34-91) 583 91 67/ 583 95 00 Fax (34-91) 583 03 57 E-mail: datashop.eurostat@ine.es URL: http://www.datashop.org/	INSEE Info Service Eurostat Data Shop 195, rue de Bercy Tour Gamma A F-75582 PARIS CEDEX 12 Tél. (33-1) 53 17 88 44 Fax (33-1) 53 17 88 22 E-mail: datashop@insee.fr	ISTAT Centro di Informazione Statistica Sede di Roma, Eurostat Data Shop Via Cesare Balbo, 11a I-00184 ROMA Tel. (39-06) 46 73 31 02/06 Fax (39-06) 46 73 31 01/07 E-mail: dipdiff@istat.it URL: http://www.istat.it/Prodotti-e/Allegati/Eurostatdatashop.html
ITALIA – Milano	LUXEMBOURG	NEDERLAND	NORGE	PORTUGAL	SCHWEIZ/SUISSE/SVIZZERA
ISTAT Ufficio Regionale per la Lombardia Eurostat Data Shop Via Fieno 3 I-20123 MILANO Tel. (39-02) 80 61 32 460 Fax (39-02) 80 61 32 304 E-mail: mileuro@tin.it URL: http://www.istat.it/Prodotti-e/Allegati/Eurostatdatashop.html	Eurostat Data Shop Luxembourg 46A, avenue J.F. Kennedy BP 1452 L-1014 LUXEMBOURG Tel. (352) 43 35-2251 Fax (352) 43 35-2221 E-mail: dslux@eurostat.datashop.lu URL: http://www.datashop.org/	STATISTICS NETHERLANDS Eurostat Data Shop-Voorburg Postbus 4000 2270 JM VOORBURG Nederland Tel. (31-70) 337 49 00 Fax (31-70) 337 59 84 E-mail: datashop@cbs.nl	Statistics Norway Library and Information Centre Eurostat Data Shop Kongens gate 6 Boks 8131 Dep. N-0033 OSLO Tel. (47) 21 09 46 42/43 Fax (47) 21 09 45 04 E-mail: Datashop@ssb.no URL: http://www.ssb.no/biblioteket/datashop/	Eurostat Data Shop Lisboa INE/Serviço de Difusão Av. António José de Almeida, 2 P-1000-043 LISBOA Tel. (351-21) 842 61 00 Fax (351-21) 842 63 64 E-mail: data.shop@ine.pt	Statistisches Amt des Kantons Zürich, Eurostat Data Shop Bleicherweg 5 CH-8090 Zürich Tel. (41-1)225 12 12 Fax (41-1)225 12 99 E-mail: datashop@statistik.zh.ch URL: http://www.statistik.zh.ch
SUOMI/FINLAND	SVERIGE	UNITED KINGDOM	UNITED STATES OF AMERICA		
STATISTICS FINLAND Eurostat Data Shop Helsinki Tilastokirjasto P.O. 29 FIN-00022 Tilastokeskus Työpajakatu 13 B, 2/Kerros, Helsinki P. (358-9) 17 34 22 21 F. (358-9) 17 34 22 79 Sähköposti: datashop@stat.fi URL: http://www.tilastokeskus.fi/ttk/kk/datashop/	STATISTICS SWEDEN Information service Eurostat Data Shop Karlavägen 100 - Box 24 300 S-104 51 STOCKHOLM Tfn (46-8) 50 69 48 01 Fax (46-8) 50 69 48 99 E-post: infoservice@scb.se URL: http://www.scb.se/tjanster/datashop/datashop.asp	Eurostat Data Shop Office for National Statistics Room 1.015 Cardiff Road Newport South Wales NP10 8XG United Kingdom Tel. (44-1633) 81 33 69 Fax (44-1633) 81 33 33 E-mail: eurostat.datashop@ons.gov.uk	HAVER ANALYTICS Eurostat Data Shop 60 East 42nd Street Suite 3310 NEW YORK, NY 10165 USA Tel. (1-212) 986 93 00 Fax (1-212) 986 69 81 E-mail: eurodata@haver.com URL: http://www.haver.com/		

Media Support Eurostat (nur für Journalisten):
 Bech Gebäude Büro A4/017 • L-2920 Luxembourg • Tel. (352) 4301 33408 • Fax (352) 4301 35349 • e-mail: eurostat-mediasupport@cec.eu.int

Auskünfte zur Methodik:

Gérard Abramovici, Eurostat/E4, L-2920 Luxembourg

Tel. (352) 430133824, Fax (352) 4301 35979

ORIGINAL: Deutsch

Mitautoren: Flavio BIANCONI, Monica BERGAMINI

Datenbank: Claude MOTTET

Layout: Madeleine LARUE

Unsere Internet-Adresse: www.europa.eu.int/comm/eurostat/ Dort finden Sie weitere Informationen.

Ein Verzeichnis unserer Verkaufsstellen in der ganzen Welt erhalten Sie beim **Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften**

2 rue Mercier – L-2985 Luxembourg
 Tel. (352) 2929 42118 Fax (352) 2929 42709
 URL: <http://publications.eu.int>
 E-mail: info-info-po@cec.eu.int

BELGIQUE/BELGIË – DANMARK – DEUTSCHLAND – GREECE/ELLADA – ESPAÑA – FRANCE – IRELAND – ITALIA – LUXEMBOURG – NEDERLAND – ÖSTERREICH
 PORTUGAL – SUOMI/FINLAND – SVERIGE – UNITED KINGDOM – ISLAND – NORGE – SCHWEIZ/SUISSE/SVIZZERA – BALGARIE – CESHÁ REPUBLIKA – CYPRUS
 EESTI – HRVATSKA – MAGYARORSZÁG – MALTA – POLSKA – ROMÁNIA – RUSSIA – SLOVAKIA – SLOVENIA – TÜRKIYE – AUSTRALIA – CANADA – EGYPT – INDIA
 ISRAËL – JAPAN – MALAYSIA – PHILIPPINES – SOUTH KOREA – THAILAND – UNITED STATES OF AMERICA

Bestellschein

Ich möchte „Statistik kurz gefasst“ abonnieren (vom 1.1.2003 bis 31.12.2003):
 (Anschriften der Data Shops und Verkaufsstellen siehe oben)

Alle 9 Themenkreise (etwa 200 Ausgaben)

- Papier: 240 EUR
 Gewünschte Sprache: DE EN FR

Statistik kurz gefasst kann von der Eurostat Web-Seite kostenlos als pdf-Datei heruntergeladen werden. Sie müssen sich lediglich dort eintragen. Für andere Lösungen wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop.

- Bitte schicken Sie mir ein Gratisexemplar des „Eurostat Minikatalogs“ (er enthält eine Auswahl der Produkte und Dienste von Eurostat)
 Gewünschte Sprache: DE EN FR
- Ich möchte das Gratisabonnement von „Statistische Referenzen“ (Kurzinformationen zu den Produkten und Diensten von Eurostat)
 Gewünschte Sprache: DE EN FR

Herr Frau
 (bitte in Großbuchstaben)
 Name: _____ Vorname: _____
 Firma: _____ Abteilung: _____
 Funktion: _____
 Adresse: _____
 PLZ: _____ Stadt: _____
 Land: _____
 Tel.: _____ Fax: _____
 E-mail: _____

Zahlung nach Erhalt der Rechnung vorzugsweise:

- durch Banküberweisung
 Visa Eurocard
 Karten-Nr.: _____ gültig bis: ____/____

Ihre MwSt.-Nr. f.d. innergemeinschaftlichen Handel:

Fehlt diese Angabe, wird die MwSt. berechnet. Eine Rückerstattung ist nicht möglich.